Inhaltsverzeichnis

Erster Teil

Zur Interdependenz kalkulatorischer Kostenarten in der Gebührenbedarfsberechnung der Gemeinden

I. Problemstellung	11
II. Theoretische Grundlagen der Interdependenzaussage	16
1. Die neuere investitionstheoretische Fundierung der Kostenrechnung	16
2. Das Äquivalenztheorem der investitionstheoretischen Kostenrechnung	24
III. Relevanz der Interdependenz- und Äquivalenztheoreme für die Gebührenkalkulation	37
1. Gründe für die Nichtgeltung des theoretischen Äquivalenztheorems in der Praxis	37
2. Gründe für die eingeschränkte Relevanz des Interdependenzdenkens in der Gebührenkalkulation	41
a) Bedingte gebührenrechtliche Relevanz der Zielorientierung investitions- theoretischer Kalkulationsimperative	41
b) Die Kalkulationsergebnisse investitionsrechnerischer Verfahren im Lichte konkurrierender gebührenrelevanter Kostenmaßstäbe	43
c) Tertium non datur? Zur Zulässigkeit sonstiger, insbesondere „traditionel- ler“ Kalkulationsverfahren	45
3. Überlegenheit des Anschaffungswertverfahrens bei Nicht-Äquivalenz?	49
a) Literaturstimmen zum Vorgehen bei Nicht-Äquivalenz	49
b) Ersatz-Kriterien für die Verfahrensauswahl bei Nicht-Äquivalenz	52
4. Zusammenfassung	64
IV. Die Judikatur des OVG NW im Lichte der Interdependenztheorie	69
1. Zielebene: Substanzerhaltung im Rahmen einer „erhaltungsbezogenen Ko- stenrechnung“	69
2. Instrumentelle Ebene I: Realverzinsung und Zeitwerte als Bestandteil be- triebswirtschaftlicher Grundsätze	71

3. Instrumentelle Ebene II: Zum Nebeneinander von Zeitwertabschreibungen und nominalverzinsten Anschaffungsrestbuchwerten	75
V. Zusammenfassung der Ergebnisse	81

Zweiter Teil

Definition und Verständnis „betriebswirtschaftlicher Grundsätze“ im Kommunalabgabenrecht der Länder – dargestellt am Beispiel des § 6 KAG NW

I. „Betriebswirtschaftliche Grundsätze“ als Schlüsselbegriff kommunalabgabenrechtlicher Kalkulationsvorgaben	89
1. Problemstellung	89
2. „Betriebswirtschaftliche Grundsätze“ in der Auslegung des OVG NW	93
II. Betriebswirtschaftliche Grundsätze und kommunalabgabenrechtliche Kalkulationszwecke	95
1. Implikationen der Grundsätze-Definition des OVG NW	95
2. Betriebswirtschaftliche Kritik am Grundsätze-Verständnis des OVG NW	96
3. Das Grundsätze-Verständnis des OVG NW in der Detailbetrachtung	100
a) Begriff der „allgemeinen Wirtschaftsbetriebe“	100
b) Relevanz „allgemeiner Wirtschaftsbetriebe“	102
c) Argumentative Brüche der Stufenprüfung nach OVG NW	103
d) Abstraktheit des Kostenbegriffs – ein Mißverständnis?	105
4. Kalkulationszweck und Kostenbegriff im Kommunalabgabenrecht: Eine abweichende Betrachtung	112
a) Eine „betriebswirtschaftliche“ Definition betriebswirtschaftlicher Grundsätze	112
b) Verbleibende Probleme.....	116
III. Kommunalabgabenrechtliche Kalkulationsziele für Benutzungsgebühren: Einige Annäherungen	120
IV. Zusammenfassung	124
Literaturverzeichnis	127
Sachregister	139